



Grundsatzpapier

Deutsche Gebärdensprache zwischen Barrierefreiheit und sprachlicher Selbstbestimmung

Zur Rolle der Gehörlosengemeinschaft bei der Entwicklung staatlicher
Strukturen für die Deutsche Gebärdensprache

(Stand: 16. Juni 2026)

Einleitung

Der Deutsche Gehörlosen-Bund (DGB) begrüßt grundsätzlich alle politischen Maßnahmen, die darauf abzielen, die Barrierefreiheit in Deutschland zu stärken und gehörlosen Menschen einen besseren Zugang zu Informationen, Kommunikation und gesellschaftlicher Teilhabe zu ermöglichen.

Die vorliegende Diskussion um das Bundeskompetenzzentrum Deutsche Gebärdensprach- und Leichte Sprache berührt jedoch eine deutlich weitergehende Frage:

- Wie wird die Deutsche Gebärdensprache in Deutschland grundsätzlich verstanden?
- Wird sie primär als Instrument staatlicher Barrierefreiheit betrachtet, das innerhalb bestehender Verwaltungsstrukturen organisiert und gesteuert wird?
- Oder wird sie als Sprache einer eigenständigen sprachlichen und kulturellen Gemeinschaft verstanden, deren Trägerinnen und Träger ein legitimes Recht auf Mitgestaltung, Mitbestimmung und sprachliche Selbstbestimmung besitzen?

Aus Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes liegt genau in dieser Frage der eigentliche Kern der aktuellen Debatte.

Dieses Grundsatzpapier soll dazu beitragen, die Diskussion über einzelne Gesetzesparagrafen hinauszuführen und die grundsätzlichen Fragen von Legitimation, Governance, Beteiligung und sprachlicher Selbstbestimmung sichtbar zu machen.

Beobachtungen zum bisherigen Verfahren

Bereits während der Entstehung des Referentenentwurfs sowie des anschließenden Gesetzgebungsverfahrens wurden von Seiten des Deutschen Gehörlosen-Bundes wiederholt Hinweise, Bedenken und Verbesserungsvorschläge eingebracht.

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Ladungsfähige Adresse: Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin
Geschäftsstelle (Postadresse): Postfach 3, 73451 Abtsgmünd
www.gehoerlosenbund.de - info@gehoerlosenbund.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00
BIC BFSWDE33BER

Präsidium: Ralph Raule, Dawei Ni,
Lisa Schuler, Cindy Klink, Kathi Ender,
Dodzi Doughan, Julia Ratzlaff

Diese betrafen insbesondere:

- die Rolle der Gehörlosengemeinschaft im geplanten Bundeskompetenzzentrum,
- die Governance-Struktur,
- die fachliche Qualitätssicherung,
- die Legitimation zukünftiger Entscheidungen,
- die Beteiligung repräsentativer Gehörlosenorganisationen,
- die langfristige sprachpolitische Perspektive der Deutschen Gebärdensprache.

Der Deutsche Gehörlosen-Bund hat diese Aspekte sowohl mündlich als auch schriftlich vorgetragen.

Bis heute ist jedoch nicht nachvollziehbar, in welcher Weise diese Hinweise bewertet, berücksichtigt oder in die weitere Entwicklung einbezogen wurden.

Es liegen keine erkennbaren schriftlichen Rückmeldungen vor, aus denen hervorgeht,

- welche Vorschläge übernommen wurden,
- welche Vorschläge verworfen wurden,
- aus welchen Gründen bestimmte Positionen nicht berücksichtigt wurden.

Gleichzeitig wurde der Aufbau des Bundeskompetenzzentrums kontinuierlich vorangetrieben.

Stellen wurden ausgeschrieben, Aufbauprozesse eingeleitet und organisatorische Strukturen entwickelt, obwohl zentrale Fragen der Beteiligung und Legitimation weiterhin ungeklärt blieben.

Besonders kritisch wird wahrgenommen, dass nach unserem Kenntnisstand weder bei der Entwicklung der Struktur noch bei den Bewerbungs- und Auswahlverfahren eine institutionalisierte Beteiligung der repräsentativen Gehörlosen-Organisationen vorgesehen war.

Dies erzeugt den Eindruck, dass wesentliche Entscheidungen über Aufbau, Personalstruktur und zukünftige Ausrichtung bereits getroffen wurden, ohne dass die organisierte Gehörlosengemeinschaft einen tatsächlichen Einfluss auf diese Entscheidungen nehmen konnte.

Die Deutsche Gebärdensprache ist mehr als ein Instrument der Barrierefreiheit

Der Deutsche Gehörlosen-Bund vertritt die Auffassung, dass die Deutsche Gebärdensprache nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Barrierefreiheit betrachtet werden darf.

Die Deutsche Gebärdensprache ist eine eigenständige natürliche Sprache.

Sie verfügt über eine eigene Grammatik, eine eigene Linguistik, eine eigene kulturelle Geschichte sowie über eine Gemeinschaft von Nutzerinnen und Nutzern, die ihre Sprache über Generationen hinweg entwickelt, bewahrt und weitergegeben haben.

Sie ist damit weit mehr als ein Hilfsmittel zur Kommunikation. Sie ist Ausdruck kultureller Identität, gesellschaftlicher Zugehörigkeit und sprachlicher Selbstbestimmung.

Genau deshalb setzt sich der Deutsche Gehörlosen-Bund seit Jahren dafür ein, die Deutsche Gebärdensprache auch sprachpolitisch als Sprache einer sprachlichen Minderheit anzuerkennen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich zwangsläufig die Frage, wie staatliche Strukturen gestaltet werden müssen, die sich mit der Deutschen Gebärdensprache befassen.

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Ladungsfähige Adresse: Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin
Geschäftsstelle (Postadresse): Postfach 3, 73451 Abtsgmünd
www.gehoerlosenbund.de - info@gehoerlosenbund.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00
BIC BFSWDE33BER

Präsidium: Ralph Raule, Dawei Ni, Lisa Schuler, Cindy Klink, Kathi Ender, Dodzi Dougban, Julia Ratzlaff

Denn wenn die Deutsche Gebärdensprache als Sprache einer Gemeinschaft verstanden wird, kann ihre Weiterentwicklung nicht ausschließlich innerhalb staatlicher Verwaltungsstrukturen organisiert werden.

Vielmehr müssen die Trägerinnen und Träger dieser Sprache selbst eine zentrale Rolle bei allen grundlegenden Entscheidungen einnehmen.

Das eigentliche Problem: Legitimation und Governance

Die zentrale Frage lautet daher nicht, ob ein Bundeskompetenzzentrum sinnvoll sein kann.

Die entscheidende Frage lautet:

- Wer bestimmt seine Ausrichtung, seine Standards und seine Prioritäten?
- Wer entscheidet über Qualitätskriterien?
- Wer legt fachliche Leitlinien fest?
- Wer spricht mit Legitimation für die Deutsche Gebärdensprache?

Aus Sicht des Deutschen Gehörlosen-Bundes entsteht derzeit der Eindruck, dass eine staatliche Struktur aufgebaut wird, die für die Gehörlosengemeinschaft arbeiten soll, ohne dass die Gehörlosengemeinschaft selbst in ausreichendem Maße an ihrer Entwicklung, Steuerung und Kontrolle beteiligt ist.

Dies widerspricht dem Grundsatz: „**Nothing about us without us.**“

Darüber hinaus wirft dieses Vorgehen Fragen hinsichtlich der Umsetzung von Artikel 4 Absatz 3 der UN-Behindertenrechtskonvention auf, wonach Menschen mit Behinderungen und ihre repräsentativen Organisationen bei allen sie betreffenden Angelegenheiten eng einzubeziehen sind.

Grundsätze des Deutschen Gehörlosen-Bundes

Der Deutsche Gehörlosen-Bund schlägt deshalb folgende Grundsätze für den zukünftigen Umgang mit der Deutschen Gebärdensprache und für die Entwicklung staatlicher Strukturen in diesem Bereich vor:

1. Die Deutsche Gebärdensprache ist Sprache einer sprachlichen Gemeinschaft

Die Deutsche Gebärdensprache ist nicht ausschließlich ein Instrument der Barrierefreiheit. Sie ist die Sprache einer eigenständigen sprachlichen und kulturellen Gemeinschaft und muss entsprechend behandelt werden.

2. Keine Strukturen zur Deutschen Gebärdensprache ohne institutionelle Beteiligung der Gehörlosengemeinschaft

Staatliche Strukturen, die Aufgaben im Bereich der Deutschen Gebärdensprache wahrnehmen, müssen die repräsentativen Organisationen der Gehörlosengemeinschaft verbindlich einbeziehen.

3. Deaf-led Governance als Grundprinzip

Entscheidungen über strategische Entwicklungen, Qualitätsstandards und langfristige Prioritäten dürfen nicht ausschließlich verwaltungsintern getroffen werden. Die Gehörlosengemeinschaft muss eine maßgebliche Rolle in den Governance-Strukturen einnehmen.

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Ladungsfähige Adresse: Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin
Geschäftsstelle (Postadresse): Postfach 3, 73451 Abtsgmünd
www.gehoerlosenbund.de - info@gehoerlosenbund.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00
BIC BFSWDE33BER

Präsidium: Ralph Raule, Dawei Ni, Lisa Schuler, Cindy Klink, Kathi Ender, Dodzi Dougban, Julia Ratzlaff

4. Fachliche Standards werden gemeinsam entwickelt

Qualitätsstandards, Leitlinien und Empfehlungen zur Deutschen Gebärdensprache sollen in Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen, Wissenschaft und Gehörlosengemeinschaft entwickelt werden.

5. Staatliche Stellen unterstützen – sie ersetzen nicht die Sprachgemeinschaft

Die Aufgabe staatlicher Institutionen besteht darin, Rahmenbedingungen zu schaffen und Unterstützung bereitzustellen. Sie können jedoch nicht die Rolle der Sprachgemeinschaft selbst übernehmen.

6. Einrichtung eines unabhängigen Fachbeirats

Jedes Bundeskompetenzzentrum im Bereich der Deutschen Gebärdensprache sollte über einen unabhängigen Fachbeirat verfügen, in dem die Gehörlosengemeinschaft die Mehrheit der Sitze innehat und der bei strategischen Entscheidungen verbindlich beteiligt wird.

7. Langfristige Anerkennung der Deutschen Gebärdensprache als Minderheitensprache

Die zukünftige Sprachpolitik sollte die Deutsche Gebärdensprache nicht ausschließlich im Kontext von Behinderung und Barrierefreiheit betrachten, sondern ihre Stellung als Sprache einer sprachlichen Gemeinschaft anerkennen und weiterentwickeln.

Schlussbemerkung

Der Deutsche Gehörlosen-Bund versteht dieses Grundsatzpapier als konstruktiven Beitrag zur aktuellen Debatte.

Es richtet sich nicht gegen staatliches Engagement für die Deutsche Gebärdensprache. Im Gegenteil: Es soll dazu beitragen, tragfähige und langfristig akzeptierte Strukturen zu schaffen.

Nach Auffassung des DGB kann dies jedoch nur gelingen, wenn die Gehörlosengemeinschaft nicht lediglich Adressatin staatlicher Maßnahmen bleibt, sondern als gleichberechtigte Partnerin an allen grundlegenden Entscheidungen beteiligt wird.

Die Zukunft der Deutschen Gebärdensprache darf nicht über die Gehörlosengemeinschaft hinweg gestaltet werden. Sie muss gemeinsam mit ihr gestaltet werden.

Deutscher Gehörlosen-Bund e.V.

Ladungsfähige Adresse: Prenzlauer Allee 180, 10405 Berlin
Geschäftsstelle (Postadresse): Postfach 3, 73451 Abtsgmünd
www.gehoerlosenbund.de - info@gehoerlosenbund.de

Bank für Sozialwirtschaft
IBAN DE98 1002 0500 0007 4704 00
BIC BFSWDE33BER

Präsidium: Ralph Raule, Dawei Ni, Lisa Schuler, Cindy Klink, Kathi Ender, Dodzi Dougan, Julia Ratzlaff